

Städte fordern: „Stadtumbau Ost“ verlängern und Anteil der Kommunen senken

Rostock (rum) – Die Städte in den neuen Ländern begrüßen das Votum von Bundesbauminister Tiefensee, das Programm „Stadtumbau Ost“ zu verlängern und fordern, den kommunalen Eigenanteil zu senken. Das erklärte der Deutsche Städtetag nach einer Konferenz der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte aus Ostdeutschland in Rostock.

„Der Stadtumbau in den Städten der neuen Länder wird bis zum Ende der jetzigen Förderperiode 2009 längst nicht vollständig bewältigt sein. Eine Verlängerung des Programms muss den Kommunen Planungssicherheit geben, um die aufgrund des demografischen Wandels notwendigen Maßnahmen konsequent vorantreiben zu können“, unterstrich Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Das Programm „Stadtumbau-Ost“ wurde durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Institut für Stadtfor-schung und Strukturpolitik (IfS) evaluiert (siehe wi 26-2008). Danach wurde mit dem Programm bis 2007 der Abriss von 221.000 Wohnungen gefördert. Standen 2002 bei den beteiligten Wohnungsbau-unternehmen noch 17,2 Prozent ihrer Wohnungen leer, sank die Quote innerhalb von fünf Jahren auf 12 Prozent. Trotz der Erfolge beim Stadtumbau seien auch in den kommenden Jahren infolge des fortschreitenden Bevölkerungsrückgangs, der Abwanderung ins Umland der Städte sowie der nach wie vor schwierigen

wirtschaftlichen Lage weiter erhebliche Leerstände von Wohnungen und Gewerbeflächen zu erwarten. Ohne weiteren Abriss würde der Leerstand von 780.000 Wohnungen im Jahr 2007 voraussichtlich auf 1,42 Millionen Wohnungen im Jahr 2020 ansteigen. Insgesamt sind 390 Kommunen am Programm „Stadtumbau Ost“ beteiligt.

Als Problem nannte der Städtetags-Hauptgeschäftsführer den für viele Städte nicht zu finanzierenden Eigenanteil von einem Drittel der Kosten von Aufwertungsmaßnahmen in den betroffenen Stadtgebieten. „Gerade die Städte, die am meisten von Leerstand und Wegzug betroffen sind, können wegen der fehlenden Eigenmittel oft Fördermittel nicht in Anspruch nehmen, um notwendige Projekte zu finanzieren. Der Eigenanteil sollte deshalb deutlich gesenkt werden“, so Articus. Außerdem sollte auf regional und gebietsbezogen undifferenzierte Förderangebote, wie zum Beispiel das KfW-Wohneigentumsprogramm, in Zukunft verzichtet werden, um die Abwanderung ins Umland nicht weiter voranzutreiben. ■